

Reaktionen auf oppositionelle Tendenzen in der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) am Ende der 1980er Jahre. Der Fall des Bernauer Kreissekretärs Reimar Clausnitzer

„Ich sehe mich nicht als Liberaldemokrat, weil ich Mitglied der LDPD bin, sondern ich bin Mitglied der LDPD geworden, weil ich aus Überzeugung liberaler Demokrat bin.“¹ Diesen Satz formulierte der damalige LDPD-Sekretär des Kreisverbandes (KV) Bernau im Bezirk Frankfurt/Oder in einem Schreiben an seinen Parteivorsitzenden Manfred Gerlach. Mit diesem Brief vom 15. Februar 1989 wollte Clausnitzer seine Beunruhigung über die Entwicklungen in der DDR und dem Schweigen der LDPD dazu zum Ausdruck bringen:

„Im April 1988 sagten Sie in Weimar: ‚Liberaldemokraten unterscheiden sich von Kommunisten, sonst gäbe es die LDPD nicht‘. Mich erfüllte dieser Satz mit Befriedigung. Aber nachdem sich alles gesetzt hatte und ich die Passage Ihres Vortrages nochmals nachgelesen habe, fiel mir auf, dass das ‚nur‘ unterscheiden, noch keine politische Standortbestimmung ist. Ein Sammelsurium von Andersdenkenden zu sein, kann meiner Meinung nach nicht das politische Profil einer Partei bestimmen. Mit politischer Standortbestimmung meine ich nicht einen Prozess der Selbstdarstellung unserer Partei, sondern die Definition politischer Heimat für liberale Demokraten. Für Bürger unseres Landes, die ein klares Bekenntnis zum Sozialismus haben, die aber den Sozialismus nicht darin sehen, dass politische Rechte durch soziale Rechte ersetzt werden, sondern darin, dass die durch Liberale von Voltaire bis Külz erkämpften politischen Rechte der Bürger durch soziale ergänzt werden. Wir können doch nicht tatenlos zusehen, wie sich die Widersprüche in unserer Gesellschaft zwischen Staat und Kirche polarisieren, das kann doch nicht der Sinn eines Mehrparteiensystems sein.“²

1 Reimar Clausnitzer, Kreissekretär, KV Bernau, an Manfred Gerlach, Parteivorsitzender der LDPD, vom 15.2.1989, in: Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), LDPD 13164 (Kopie).

2 Ebd. Clausnitzer bezieht sich hier auf eine Rede Manfred Gerlachs auf der Konferenz des Zentralvorstandes mit den Kreis- und Stadtbezirkssekretären der LDPD Anfang April in Weimar. Die Rede im Wortlaut in: ADL, L3-616.

Der sich selbst als „immer schon kritischer Geist“³ bezeichnende Reimar Clausnitzer gehörte einer neuen – vor allem jüngeren –, seit Anfang der 1980er Jahre massenhaft geworbenen Generation von Mitgliedern in der LDPD an. Forderte er seine Parteifreunde als Vorsitzender seiner Grundeinheit in Bernau-Eichwerder zu noch mehr kritischem Denken und zum offenen Ansprechen von Missständen auf, ging er als Kreissekretär noch einen Schritt weiter. Während einer Mitgliederversammlung am 19. September 1988, auf der er sich in seinem Heimatortsverein als Kreissekretär vorstellte, erneuerte er oben genannte Forderungen und fügte hinzu, dass sich die LDPD „von einer Fraktionspartei zu einer Oppositionspartei“ entwickeln müsse.⁴ Damit stellte sich Clausnitzer nicht nur gegen die seit Gründung der DDR praktizierte Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und ihrer seit 1974 in Artikel 1 der Verfassung der DDR festgeschriebenen „führende Rolle“,⁵ sondern auch gegen seine eigenen Parteivorstände, die diese jahrelang mitgetragen hatten. Die Brisanz seines Falls besteht nicht allein in der Radikalität seiner Forderungen, sondern besonders im frühen Zeitpunkt, 1987/88. Anders als im Herbst 1989 hatte die SED damals noch alle Zügel fest in der Hand und standen die anderen Blockparteien treu an ihrer Seite. Derartige Äußerungen konnten ernste Konsequenzen nach sich ziehen und waren dementsprechend selten, vor allem unter den hauptamtlichen Kadern der Bündnispartner der SED.

An diesem exemplarischen Fall soll untersucht werden, welche Motive kritische Bürger wie Reimar Clausnitzer veranlassten, der LDPD nicht nur beizutreten, sondern dort auch eine leitende Funktion zu übernehmen. Wie gingen die übergeordneten Parteivorstände mit seinem oppositionellen Verhalten um und welche Reaktionen riefen seine konkreten Forderungen sowohl bei den eigenen Mitgliedern als auch in der SED und im Ministerium

- 3 Protokoll des Zeitzeugeninterviews mit Reimar Clausnitzer am 13.1.2017, S. 1. Bei diesem Protokoll handelt es sich um eine Transkription des geführten Interviews, bei dem keine Veränderungen an Sprache und Satzbau vorgenommen wurden.
- 4 MfS-KD Bernau, Informationsbericht des IMB „Axel Neu“ vom 29.9.1988, in: BStU (Bauftragter für die Stasi-Unterlagen), BV (Bezirksverwaltung) Frankfurt/Oder, KD (Kreisdienststelle) Bernau 223, Bl. 33 f., hier Bl. 33.
- 5 Art. 1, Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (06.04.1968, Fassung: 07.10.1974), in: documentArchiv.de (Hrsg.): URL: <http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr.html>, Stand: 19.12.2016.

für Staatssicherheit (MfS) hervor und durch welche Interessen ließen diese sich bei ihrem Handeln leiten?⁶

I. Berufliche Laufbahn und Parteikarriere

Der 1947 geborene und in Chemnitz aufgewachsene Reimar Clausnitzer⁷ begann seine berufliche Laufbahn in der Metallbranche, in der er zunächst den Beruf des Härters (Wärmebehandlung von Metallen) erlernte, bevor er in die Textilbranche wechselte und dort eine zweite Berufsausbildung zum Stricker abschloss. Im Anschluss daran absolvierte Clausnitzer ein Abendstudium an der Ingenieurschule für Textiltechnik in Reichenbach. Ab Mitte der 1970er Jahre arbeitete er dann als Textilingenieur am Modeinstitut der DDR in Berlin und lebte in Bernau. Dort war er eigentlich als Reisekader für das nicht-sozialistische Ausland vorgesehen, jedoch verweigerte das MfS seine Zustimmung, da es Clausnitzer für unzuverlässig und seine Rückkehr in die DDR als nicht gesichert hielt. Im Zeitzeugengespräch führte der ehemalige Kreissekretär dies auf seine kritische, von freiheitlichen Werten geprägte und gegen Autoritäten gewandte Einstellung zurück,⁸ der er auch immer wieder Ausdruck verliehen habe, so etwa im politischen Unterricht während seines Wehrdienstes in der Nationalen Volksarmee.⁹ Woher diese Denkweise komme, könne er selber nicht genau sagen. Zum Teil durch seinen Vater, der als Kriegsgefangener in der Sowjetunion nicht gut auf das kommunistische System zu sprechen gewesen sei, zum Teil auch auf die Beeinflussung durch „Westpropaganda“.¹⁰ Besonders stieß er sich an der Auslegung der „führen-

6 Überblicksweise zur Geschichte, Struktur und zum Wirken der LDPD vgl. Jürgen Frölich: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD). In: Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst u.a. (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 311-342; sowie Gerhard Papke: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – Die LDPD. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2399–2463. Seit 2014 läuft am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung ein Forschungsprojekt des BMBF zur Geschichte der LDPD zwischen 1961 und 1989. Erste Veröffentlichungen dazu im Jahrbuch zur Liberalismusforschung: Tilman Pohlmann: „Zusammenarbeit“ als Gefolgschaft. Über Herrschaftsansprüche der SED an die LDPD in den Bezirken der DDR. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 28 (2016), S. 361-374; Thomas Widera: Die LDPD in der DDR als Blockpartei der SED. Ein Problemaufriss. In: Ewald Grothe/Jürgen Frölich/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Liberalismusforschung nach 25 Jahren. Bilanz und Perspektiven. Baden-Baden 2016, S. 97-120

7 Nach den „Angaben zum Lebenslauf Reimar Clausnitzer“ in: Protokoll (wie Anm. 3), S. 1-3.

8 Ebd., S. 1 und 2.

9 Ebd., S. 11.

10 Wörtliches Zitat Clausnitzer, ebd., S. 2.

den Rolle“ durch die SED. Ihm widerstrebte, „dass sich irgendwelche Leute ein Parteiabzeichen ans Revers heften, das ‚Neue Deutschland‘ auf den Schreibtisch legen und sagen: ‚Wir bestimmen hier.‘ [...] Und die waren nicht die hellsten und durften, nur weil sie in der Partei waren, die Ansagen machen.“¹¹ Anfang der 1980er Jahre entschloss er sich, sein Arbeitsverhältnis im Modeinstitut zu beenden und das Angebot eines Künstlers anzunehmen, diesen bei der Restaurierung des Kurhauses im vogtländischen Bad Elster zu unterstützen. Etwa zur gleichen Zeit, im Jahr 1983, konnte er im Rahmen der nach dem 13. Parteitag der LDPD 1982 groß angelegten Offensive zur Mitgliedergewinnung für eine Mitarbeit in der LDPD-Wohngebietsgruppe (WGG) Bernau-Eichwerder geworben werden.¹² Er selbst beschreibt seinen Eintritt in die Partei in der Rückschau als etwas „naiv“: „ich dachte... vielleicht kannte hier liberale Positionen... ich war’n bissl naiv... Hab aber keen Liberalen gefunden in der Partei.“¹³

Nach Abschluss der Restaurierungsarbeiten in Bad Elster beendete Clausnitzer 1986 sein Pendlerdasein und versuchte seine neuerworbenen Kenntnisse im Kreis Bernau zur Anwendung zu bringen. Er bat beim Rat des Kreises um die Erteilung einer Gewerbeerlaubnis im Bereich der Denkmalpflege. Sein Antrag wurde jedoch abgelehnt. In dieser Zeit engagierte er sich verstärkt als Vorsitzender seiner LDPD-WGG in Bernau-Eichwerder. Überzeugt von der Richtigkeit der Gorbatschowschen Reformen, fühlte er sich bestärkt in seinem Ansinnen, seine Parteifreunde mittels klarer Positionierung und unverblümter Offenheit zu mehr kritischem Denken und zu mehr politischer Aktivität in der Parteiarbeit zu bewegen. So eröffnete er am 27. Mai 1987 die Jahreshauptversammlung seiner Grundeinheit mit folgenden Worten:

„Meinen letzten Auftritt dieser Art hatte ich vor ca. 7 Jahren. Damals hatte ich das Prinzip, lieber 50 % der Zuhörer zu verärgern und 50 % zu begeistern als 100 % einzuschläfern. Vor 7 Jahren war dieses Prinzip nicht sonderlich erwünscht. [...] In diesem Zeitalter [der Ära Gorbatschow, M. Th.] kann es vielleicht wieder wichtig werden, persönliche Meinungen immer und überall zu vertreten, auch wenn diese noch nicht in der Presse oder im Dietz-Verlag erschienen ist. [...] Unsere Parteiarbeit darf nicht in der Banalität von Altstoffsammlungen oder in der Ausschmückung von Vorgärten verflachen. Deshalb, liebe Parteifreunde, ist es wichtig, dass wir uns nicht mit einer sogenannten liberalen Politik an ein sogenanntes allgemeines Bewusstsein wenden, welches in allgemeinen Thesen zum Ausdruck kommt. Wir müssen uns an das individuelle Gewissen des Einzelnen wenden. Parteilichkeit im liberalen Sinne hat meiner Meinung nach et-

11 Ebd., S. 9 und 10.

12 Ebd., S. 4.

13 Ebd., S. 2

was mit wahrheitsgetreuer und ehrlicher Widerspiegelung unserer Wirklichkeit zu tun.“¹⁴

Clausnitzers Worte sollten nicht in den Wind gesprochen sein. Viele seiner Parteifreunde schienen seine Hoffnungen auf einen entsprechenden Widerhall der sowjetischen Reformpolitik in der DDR zu teilen und diese als Maßstab zur Beurteilung der Politik im eigenen Lande zu nutzen. So berichtete ein Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Kreisdienststelle Bernau des Ministeriums für Staatssicherheit, Mitglied der WGG Bernau-Stadt, seinem Führungsoffizier am 24. Juni 1987, dass die Reaktionen auf die 4. Tagung des Zentralkomitees der SED sowohl unter Handwerkern und Gewerbetreibenden als auch unter den Mitgliedern der LDPD auf wenig Interesse stießen. „Wenn Reaktionen darauf erfolgen, sind es in der Regel Reaktionen, die die Aussagen der 4. Tagung mit den Aussagen des Generalsekretärs der KPdSU vergleichen.“ So solle der Vorsitzende dieses Ortsverbandes gegenüber dem IM geäußert haben: „Einige Auswirkungen hat die Politik Gorbatschows bereits in der DDR gehabt. Auf der unteren Ebene wird schon etwas offener diskutiert.“ Auch die LDPD-Kreissekretärin habe ausgeführt, dass die Mitglieder des KV Bernau „großes Vertrauen in die Politik Gorbatschows und ihre Auswirkungen in der DDR“ setzten. Man sei der Meinung, dass „die Probleme jetzt offen angesprochen werden können, um die Entwicklung in der DDR weiter voranzubringen“.¹⁵

Da die oben genannte Kreissekretärin des KV Bernau ihres Amtes müde war und nach langjähriger hauptamtlicher Tätigkeit für die LDPD (zunächst als Sekretärin im Büro des Sekretariates des Zentralvorstandes (SdZV) und nach einem Ökonomiestudium als Kreissekretärin in Bernau)¹⁶ eine Tätigkeit außerhalb der Partei aufnehmen wollte, sprach sie den sich zur damaligen Zeit auf Arbeitsuche befindenden Reimar Clausnitzer an, ob er sich nicht vorstellen könne, ihre Funktion zu übernehmen. Im Zeitzeugeninterview erinnerte sich Clausnitzer wie folgt an diese Situation:

„Die Kreissekretärin hatte keen Bock mehr und die trug mir das an, ob ich das nicht machen würde. Ich war zu der Zeit arbeitslos und hatte och keen richtigen Plan und dachte, naja da machste n bisschen liberale Politik, warum nicht. Ist och

14 Referat zur Jahreshauptversammlung Wohngebiets-Gruppe(WGG) Bernau-Eichwerder am 27.5.1987, S. 1 und 2 (Dokument im Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

15 MfS-KD Bernau, Protokoll über mündlichen Bericht des IMB „Axel Neu“ am 24.6.1987, Btr.: Informationsbericht zur 4. Tagung des ZK der SED vom 25.6.1987, in: BStU, BV Frankfurt/Oder V 1269/85 (KD Bernau), Bl. 326.

16 Vgl. MfS-HA XX, Personenüberprüfung der Sekretärin des SdZV. H. (Name anonymisiert, M. Th.), in: BStU, ZA (Zentralarchiv), HA XX AP 3673/92, Bl. 6 und 17; Steinhöfel, LDPD-Bezirksvorsitzender Frankfurt/Oder, an Schlüßler, LDPD-Kreisvorsitzender Bernau, vom 29.11.1978, in: ADL, LDPD 32477, unpag., sowie Übersicht über die Kreisvorsitzenden und Kreissekretäre des BV Frankfurt/Oder, o.D. (1982), in: ebd. 31090, unpag.

mal nicht schlecht. [...] Und hab mich dann da ... im Prinzip nicht so schwer überreden lassen, den Kreissekretär zu machen.“¹⁷

In Folge dieses Gespräches bat die Kreissekretärin beim Bezirksvorstand um ihre Abberufung und schlug Clausnitzer als ihren Nachfolger vor. Da dieser die vom SdZV vorgeschriebenen Qualifizierungsmerkmale (mindestens Fachschulabschluss und Ausbildungslehrgang an der Zentralen Parteischule der LDPD)¹⁸ zumindest schon im fachlichen Bereich erfüllte und kein anderer Kandidat zu Verfügung stand, entschloss man sich, dem Anliegen der Kreissekretärin stattzugeben, und lud den Ortsgruppenvorsitzenden aus Bernau-Eichwerder zu einem Gespräch im Bezirksvorstand ein. Dort habe er, so Clausnitzer, wie auch schon im Vorfeld, bzgl. seiner kritischen Ansichten mit offenen Karten gespielt.

„Ich weiß auch nicht so genau, warum die mich genommen haben. Ich hatte eigentlich auch von vornherein kritisch formuliert, und hab da auch keen Hehl draus gemacht. Es ist also nicht so, als hätten die total überrascht sein müssen, aber wahrscheinlich hat die Frau H. [Name anonymisiert, Anm. M. Th.] och nüscht mehr gemacht und die warn froh, dass se einen gefunden haben, der's machen will [...] Solche Funktionen wollte ja keiner machen. Da war ja nie so die Begeisterung da. Und ich denke, weil die keinen hatten, haben die gesagt, da nehmen wir den. Den kriegen wir schon irgendwie gerade gebogen. Und ein bisschen kritisch ist auch gar nicht so schlecht.“¹⁹

Dass man entgegen der Praxis der vorangegangenen Jahre, ausschließlich auf Kandidaten mit - im SED-Jargon - „festem Klassenstandpunkt“ zurückzugreifen, einen solch kritischen Aspiranten für eine hauptamtliche Funktion im LDPD-Parteiparat überhaupt in Erwägung zog, ist sowohl ein Hinweis auf die äußerst prekäre Kadersituation im Bezirksverband²⁰ als auch auf die zunehmend kritischere Sichtweise der Parteivorstände auf die Entwicklung in der DDR. Nicht nur der Parteivorsitzende Manfred Gerlach hegte Sympathien für den Reformkurs in der Sowjetunion²¹ und begann sich hinsichtlich

17 Protokoll (wie Anm. 3), S. 5.

18 Vgl. Sekretariat des Zentralvorstandes (SdZV), Beschluss zu den Qualifizierungsmerkmalen für hauptamtliche Mitarbeiter der LDPD vom 24.3.1987, in: ADL, L3-589, Bl. 41 f.

19 Protokoll (wie Anm. 3), S. 6 f.

20 Der Beauftragte des SdZV für den Bezirk Frankfurt/Oder hatte in seinem Bericht vom November 1987 an die Abteilung Parteivorstände auf die „fehlende Stabilität der Besetzung des Kreissekretärs“ bereits eindringlich aufmerksam gemacht. Vgl. Robbe, Beauftragter des SdZV für den Bezirk Frankfurt/Oder, an SdZV, Abt. Parteivorstände, Btr.: Einschätzung der Situation im BV Frankfurt/Oder, o. D. (1987, Teildokument) in: ADL, L8-1600, Bl. 20.

21 Vgl. Manfred Gerlach: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staatl. Berlin 1991, S. 179 und 202 ff. sowie Manfred Bogisch: Gerlachs Politik der Eigenständigkeit. Anmerkungen zur Geschichte der LDPD in den 70er- und 80er Jahren, unveröffentlichtes Manuskript (Kopie im Besitz des Autors), S. 60-63.

des diesbezüglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stillstandes in der DDR zunehmend kritischer zu äußern. Auch einige Bezirksvorsitzende zeigten sich auf den dezentralen Treffen Gerlachs mit ihnen im Oktober 1988 hinsichtlich der Wirksamkeit der von der SED propagierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ besorgt und forderten Reformen.²²

Zum Einstieg in die hauptamtliche Wahlfunktion des Kreissekretärs fehlte Clausnitzer nun noch die politische Qualifikation. So vereinbarte der Bezirksvorstand mit dem Kandidaten, ihn an die Zentrale Parteischule (ZPS) „Dr. Wilhelm Külz“ im brandenburgischen Bantikow zu delegieren und nach erfolgreichem Abschluss als Kreissekretär in den Kreisvorstand in Bernau zu kooptieren.²³

Der Ausbildungslehrgang an der ZPS dauerte vom Januar bis zum Mai 1988. Dort fanden sich vor allem Anwärter auf hauptamtliche Funktionen in Partei und staatlichen Organen ein, um sich in Vorlesungen und Seminaren das politische Rüstzeug für ihre vorgesehene Funktion zu erarbeiten. Die Lehrgänge behandelten neben Theorie und Praxis des sozialistischen Gesellschaftssystems und der Bündnispolitik der SED auch Themengebiete der politischen Ökonomie, zur Geschichte und zum Selbstbildnis der LDPD sowie zu deren Parteileben.²⁴ Auch hier hielt Clausnitzer in Referaten oder Diskussionsbeiträgen mit seiner Meinung offenbar nicht hinter dem Berg.

Auch seine eigene Partei schonte er dabei nicht. In einem Referat stellte er die Leitfrage: „Ist die LDPD ein Relikt der Übergangsperiode?“ Er selbst beantwortete die Frage mit „nein, aber mit Einschränkungen“.²⁵ Die LDPD habe einen Wandlungsprozess vollzogen und aufgrund ihrer Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten ihre Stimme verloren. Deshalb sei sie für diese Auswüchse mitverantwortlich:

„Vieles von dieser Herangehensweise an die Gestaltung des Sozialismus hat sich als falsch erwiesen. Die LDPD hat aber diese Fehler mitgetragen. Warum? Aus Unkenntnis über gesellschaftliche Entwicklungsprozesse? Aus Ohnmacht gegenüber der führenden Partei? Unsere Partei hat sich im Laufe dieser Entwicklung auch von Grundwerten des Liberalismus verabschiedet. [...] Liberalismus im Sozialismus. Wäre es nicht unsere Pflicht gewesen, diese Werte, die heute der Sozialismus neu entdecken muss, lauter zu artikulieren, damit sie bei der Gestaltung des Systems mehr Berücksichtigung finden. Ein wirklich liberaler Demokrat hat

22 MfS-HA XX, Informationen zu aktuellen politisch-ideologischen Situation in der LDPD vom 21.1.1989, in: BStU, ZA, HA XX 7694, Bl. 1-6, hier Bl. 4 f.

23 Bezirksvorstand Frankfurt/Oder, Beschlussprotokoll der Sitzung des Sekretariats des Bezirksvorstandes am 15.10.1987 vom 20.10.1987, in: ADL, LDPD 30895, unpag.

24 Vgl. SdZV, Abt. Schulung/Agitation, Vorlage für die Sitzung des SdZV am 23.8.1988, Btr.: Bericht über den Ausbildungslehrgang 1988 an der Zentralen Parteischule, in: ADL, L3-636.

25 ZPS-Referat Reimar Clausnitzer „Ist die LDPD ein Relikt der Übergangsperiode?“, o.D. (1988), S. 1 (Dokument im Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

der Individualität schon immer mehr Bedeutung beigemessen, als sozialer Gleichmacherei. Das müsste er heute nicht neu erfinden, wenn er sich immer dazu bekannt hätte. [...] Wir müssen von der Position wegkommen, die Sitzenbleiber der Geschichte zu sein, die nur mit Nachhilfeunterricht seitens der Genossen das Klassenziel erreichen.“²⁶

Im persönlichen Gespräch mit Clausnitzer habe die Direktorin der ZPS, Irma Kaiser, ihm zwar zum Bestehen des Lehrgangs gratuliert und seinem Einsatz als Kreissekretär zugestimmt, ihn dabei jedoch auch auf sogenannte „politisch-ideologische Unklarheiten“ hingewiesen, an denen er noch arbeiten müsse. „Den können wir vielleicht noch hinkriegen, so nach dem Motto,“²⁷ wie der damalige Absolvent später im Zeitzeugeninterview die Aussage der Direktorin kommentierte.

II. Clausnitzers Wirken als Kreissekretär

Nachdem Reimar Clausnitzer im Juni 1988 vom Bezirksvorstand als Kreissekretär in den Kreisvorstand Bernau kooptiert wurde, konnte er nun seine Arbeit beginnen. Hauptaufgabe eines Kreissekretärs war es, die ihm unterstehenden Grundeinheiten politisch anzuleiten und als Mittler zwischen Basis und den höheren Parteiebenen zu agieren. Dazu gehörte neben dem Besuchen der einzelnen Parteieinheiten auch die Aufsicht und Kontrolle der Arbeit der dortigen Vorstände.²⁸ Für Clausnitzer bedeutete das, vor allem dafür zu sorgen, dass die Ortsgruppen regelmäßig Mitgliederversammlungen und Politische Bildungszirkel veranstalteten und dass diese so interessant waren, dass sie die Mitglieder auch besuchen wollten.

„Ich hab da meine Runden gedreht und versucht da Leute zu engagieren. Weil das war ja auch... ja... alles träge und schlief. Da war man ja schon froh, wenn da mal ne Parteiversammlung war. Also jetzt die Obrigen waren froh. [...] Parteiversammlungen und Politische Bildungszirkel waren im Monat einmal. Ich bin dann als Kreissekretär in alle Ortsgruppen und hab da versucht, etwas aufzubauen.“

26 Ebd., S. 1 f. und 4.

27 Protokoll (wie Anm. 3), S. 5.

28 SdZV, Sekretariat B, Vorlage für die Sitzung des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD am 13.9.1977, Btr.: Überarbeitete Arbeitsanleitung für die Kreisvorstände, Kreis- und Stadtbezirkssekretäre vom 5.9.1977, in: Bundesarchiv-Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (BArch-SAPMO), DY/30 vorl. SED 27060, unpag., sowie SdZV, Sekretariat B, Beschluss des SdZV, Btr.: Funktionsplan für die Bezirksvorsitzenden, ihre Stellvertreter, die Vorsitzenden der Großstadtkreisverbände sowie für die Kreis- und Stadtbezirkssekretäre vom 23.1.1979: in: ADL, L3-391, Bl. 44-46, hier Bl. 45 f.

en [...] und, ja... die Dinge interessanter zu machen, damit auch mehr Leute kommen.“²⁹

Gerade die Organisation interessanter Parteiveranstaltungen beschreibt der ehemalige Kreissekretär als äußerst mühsam. Oft habe er die Parteifreunde persönlich besucht, um sie für die Teilnahme an der ein oder anderen Veranstaltung oder gar für die Übernahme eines Redebeitrags zu gewinnen.

„In der LDPD gab's keine Parteiaufträge. Es war viel Nötigung, aber es gab keinen Auftrag, keine Pflicht. Also freiwillig warn ja nicht so viele, die sich engagiert hätten. Also wurde schon ein bisschen genötigt. ‚Mach doch du mal‘ und ‚Kannst du nicht mal‘. So nach dem Motto. Aber wenn die nein gesagt haben, war nein. Dann konnte man die nicht zwingen oder so... Ist auch gut so.“³⁰

Viele Mitglieder hätten das gewusst und die LDPD vor allem als Schutzraum vor dem Zugriff der SED begriffen. So konnten sie auf die oft gestellte Frage nach gesellschaftlicher Aktivität ihr Mitgliedsbuch der LDPD vorweisen und den Genossen der SED klarmachen, dass sie als Eintrittskandidat nicht zur Verfügung stünden. „Die wollten nicht in die SED gehen. Und die haben gesagt: ‚Na gut, da gehen wir in die LDPD. Da haben wir wenigstens unsere Ruhe vor denen.“³¹ Um eben auch diese indifferenten Mitglieder für die Parteiarbeit zu gewinnen, versuchte Clausnitzer, die Mitgliederversammlungen und Politischen Bildungszirkel, an denen er teilnahm, neu zu gestalten. Dabei suchte er die Unterstützung von Parteifreunden, die sich auch einmal trauten, ihre eigenen, zum Teil nonkonformen Standpunkte offen zu vertreten.

„Da gab's den K. [Name anonymisiert, Anm. des Autors] in Biesenthal zum Beispiel. Das war och so bissl ein kritischer Geist, den hab ich dann auch so ein bisschen engagiert. Und naja. Von alleine haben die ja nix gemacht. Man musste ja schon sagen: ‚Sag mal, kannst du nicht...? Du bist ja auch ein kritischer Geist.‘ Ja da fühlten die sich dann auch ein bissl gebauchmietzelt. Und dann haben die gesagt: ‚Ja, mach ich das schon.‘ Wenn man Glück hatte.“³²

Nach Clausnitzers Vorstellung sollte auf den Parteiveranstaltungen anstatt gleichlautender Referate zu den aktuellen Verlautbarungen des SED-Zentralkomitees oder des Politbüros bzw. zu geplanten Aktivitäten der LDPD-Ortsgruppe im Rahmen der Nationalen Front, wie etwa die Verschönerung der Wohnumgebung usw., viel mehr politisch diskutiert werden. Die Parteifreunde sollten die neuesten Beschlüsse der SED nicht nur zur Kenntnis nehmen

29 Protokoll (wie Anm. 3), S. 6.

30 Ebd., S. 9.

31 Ebd., S. 4.

32 Ebd., S. 14.

und umsetzen, sondern kritisch bewerten und eigene – auch alternative – Ansätze entwickeln und diese gegebenenfalls gegen die Interessen der SED durchsetzen.

Genau in diesem Zusammenhang sind die Äußerungen Clausnitzers bzgl. der „LDPD als Oppositionspartei“ auf der Mitgliederversammlung seiner eigenen Wohngebietsgruppe Bernau-Eichwerda am 19. September 1988 zu sehen. Er forderte dort, mittels einer „DDR-Perestroika“, die er – entgegen den Äußerungen Erich Honeckers – für dringend geboten hielt, „oppositionell gegen die Politik der SED vorzugehen“. Dem Bericht des IM „Axel Neu“ an die Kreisdienststelle des MfS über diese Mitgliederversammlung zufolge, ergänzte Clausnitzer diese Forderungen folgendermaßen:

„Er forderte dazu auf, dass in jeder Versammlung die konkreten Fragen zu Missständen [...] angesprochen und protokolliert werden und dieses Protokoll an den Bezirksvorstand mit der Maßgabe einer eindeutigen Antwort geht. Ähnlich soll auch in Vorbereitung der Kommunalwahlen vorgegangen werden. In den Aussprachen soll keine ‚Rücksicht mehr auf SED-Interessen‘ genommen werden.“³³

III. Reaktionen an der Parteibasis

Welche Reaktion rief nun dieses forsche Auftreten des Kreissekretärs Clausnitzer mit konkreten oppositionellen Forderungen bei den Mitgliedern der LDPD im Kreis Bernau hervor? Diese fielen sehr verschieden aus. Zwar animierten die neuen, kritischeren Parteiveranstaltungen einen gewissen Stamm an Mitgliedern, diese zu besuchen, aber insgesamt gesehen verhartete die Beteiligung an den Mitgliederversammlungen und Politischen Bildungszirkeln, gemäß Clausnitzers Äußerungen im Zeitzeugeninterview, auf einem niedrigen Niveau.³⁴ Da sich, wie oben geschildert, die Akquise interessanter Redebeiträge sowie die von Teilnehmern äußerst schwierig gestaltete, ging Kreissekretär aus organisationsökonomischen Gründen dazu über, vor allem im Stadtgebiet von Bernau die Parteiveranstaltungen der einzelnen Wohngebietsgruppen zusammenzulegen.

Die Stimmung an der Basis schwankte in dieser Zeit zwischen Unzufriedenheit und Resignation. Die Mitglieder ärgerten sich vor allem über Versorgungsprobleme, etwa bei Gütern des täglichen Bedarfs. Zwar hatte es derartige „Mängeldiskussionen“ schon immer gegeben, jedoch hatten diese mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der DDR seit Ende der 70er Jahre eklatant zugenommen. Vor allem aber die unrealistische Darstellung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation durch die offiziellen

33 MfS-KD Bernau: Informationsbericht des IMB „Axel Neu“ vom 29.9.1988, in: BStU, BV Frankfurt/Oder, KD Bernau 223, Bl. 33f, hier Bl. 33.

34 Protokoll (wie Anm. 3), S. 14.

Medien der DDR nährte die Zweifel an der Staats- und Parteiführung. Diese deckte sich nämlich in keiner Weise mit der alltäglichen Lebensrealität der LDPD-Mitglieder. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Michail Gorbatschow in der UdSSR keimte auch an der LDPD-Basis die Hoffnung auf Reformen in der DDR. Als diese jedoch bei den Genossen im Politbüro auf Ablehnung stießen, verstärkte dies die bei vielen Parteifreunden immer schon vorhandenen Zweifel an der Richtigkeit der „führenden Rolle“ der SED.³⁵

In dieser Situation waren zwei wesentliche Reaktionen an der Parteibasis festzustellen. Ein Teil der Mitglieder trat offen für eine Adaption von „Glasnost“ und „Perestroika“ in der DDR ein und forderte mehr „Eigenständigkeit“ bei den Parteivorständen ein. Der andere, größere Teil der Parteifreunde, resignierte ob der ausbleibenden Veränderungen und zog sich noch weiter ins Private zurück, was sich in einer immer weiter um sich greifenden Inaktivität bemerkbar machte. Das blieb auch den übergeordneten Parteivorständen nicht verborgen.³⁶

In dieser Situation versuchte nun der neue Kreissekretär die Unzufriedenen auf seine Seite zu ziehen und die Resignierten aus ihrer Lethargie zu holen, damit alle gemeinsam sich aktiv für spürbare Veränderungen in ihrer Partei und in ihrem Kreis einsetzten. Dies gelang ihm aber nur in sehr geringem Umfang. „Ich hätte die schon ganz gerne ein bisschen politisch motiviert. Aber das war eben sehr schwer.“ Zwar kam es ab und an einmal vor, dass ihm Parteifreunde in einem unbeobachteten Moment auf die „Schulter klopfen“ und Sympathie für seine offene Kritik bekundeten.³⁷ Auch fühlten sich einige Mitglieder angeregt, es ihrem Kreissekretär gleich zu tun und etwa mehr Pluralismus und Eigenständigkeit ihrer Partei zu fordern oder Kritik an der „führenden Rolle“ der SED zu üben. Dies geschah jedoch nur im geschützten Raum der Mitgliederversammlungen, und auch nur, wenn keine Vertreter der SED oder des Bezirksvorstandes der LDPD zugegen waren.³⁸ Dies bestätigte ein inoffizieller Mitarbeiter des MfS in seinem Bericht über die jährliche Jahreshauptversammlung seiner WGG Bernau-Stadt: „Insge-

35 MfS-BV Frankfurt/Oder, Abt. XX, Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den Befreundeten Parteien unter Beachtung von gezielten gegnerischen Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines „kritischen Potentials“ an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 30.3.1989, in: BStU, BV Frankfurt/Oder, Abt. XII 257, Bl. 4-12, hier Bl. 7.

36 Robbe, Beauftragter des SdZV für den BV Frankfurt/Oder, an SdZV, Abt. Parteivorstände, Btr. Einschätzung der Situation im BV Frankfurt/Oder, o. D. (1987, Teildokument), in: ADL, L8-1600, Bl. 20; sowie SdZV, Abt. Parteivorstände, Aktenvermerk zu einem Gespräch mit dem Bezirksvorsitzenden Frankfurt/Oder am 13.8.1987 vom 18.8.1987, in: ebd., Bl. 17 f.

37 Protokoll (wie Anm. 3), S. 14.

38 MfS-BV Frankfurt/Oder, Abt. XX, Einschätzung (wie Anm. 35), Bl. 7.

samt fand die Veranstaltung bei den LDPD-Mitgliedern keinen Anklang, da durch die Anwesenheit der Genn. Bauer [SED, M. Th.] und des Parteifreundes Steinhöfel [Bezirksvorsitzender der LDPD, M. Th.] eine rege und offene Diskussion unterbunden wurde.³⁹

Clausnitzer stieß aber neben Resignation auch auf Ablehnung: „Ich hab dann gemerkt, da ist ein Großteil der sagte: Ey, was will denn der hier von uns? Will der uns hier Unannehmlichkeiten machen? [...] Da gab's richtig Ablehnung. [...] Aber der Großteil war gleichgültig und ein Teil ist mir mit Widerwillen begegnet. Die wollten ihre Ruhe haben. Die wollten nicht, dass da einer kommt und Welle macht.“⁴⁰

Viele Mitglieder hätten auch schlichtweg Befürchtungen gehabt, ihre Meinung frei zu äußern: „In der DDR war ja auch eine gewisse Angst, dass einem was passieren könnte. Das muss man schon mal so sagen. [...] Und deshalb haben die auch die Schnauze gehalten. Und da haben sich wenige Leute engagiert. Das muss man alles mit bedenken. Also nich so, dass die alle bloß faul und träge waren und keine Lust hatten oder so.“

Als Clausnitzer merkte, dass er mit seinen oppositionellen Forderungen, die Parteifreunde nicht zu umfangreicherer politischer Aktivität bewegen konnte, sondern – im Gegenteil – eher spaltete, entschloss er sich, zwar kritisch zu bleiben, aber sein Auftreten dieser Situation anzupassen. „Aber ich hab das gemerkt, dass ich gespalten hab. [...] Ich hab dann auch nachgelassen, in den unteren Ebenen so aufzutreten.“⁴¹

IV. Reaktionen in den übergeordneten Parteivorständen

Auch im Bezirksvorstand sah man den neuen Bernauer Kreissekretär kritisch. Man war zwar zunächst einmal froh, überhaupt einen qualifizierten Kandidaten gefunden zu haben, der sich bereit erklärte, die nicht unbedingt beliebte Funktion des Kreissekretärs zu übernehmen. Clausnitzer war durchaus aktiv und wollte etwas für die Partei bewegen. Die Ergebnisse im Parteienwettbewerb und bei der Mitgliederwerbung stimmten,⁴² und die Arbeitsfähigkeit des Kreisverbandes war erst einmal gewährleistet. Auch seine Be-

39 MfS-KD Bernau, Bericht des IMB „Axel Neu“ über die Jahreshauptversammlung der WWG Bernau-Stadt der LDPD am 20.2.1989 vom 27.2.1989, in: BStU-BV Frankfurt/Oder, KD Bernau 223, Bl. 43 f.

40 Protokoll (wie Anm. 3), S. 14.

41 Ebd.

42 Vgl. Sekretariat des Bezirksvorstandes, Vorlage für die Sitzung des Sekretariats des Bezirksvorstandes am 12.9.1988, Btr.: Übersicht über den Stand des Parteienwettbewerbs vom 10.9.1988, in: ADL, LDPD 31102, unpag.

richte an den Bezirksvorstand waren nicht geschönt und spiegelten die wirkliche Situation in den Grundeinheiten der Partei wieder.

„Ich habe diese Auffassung von Kreissekretär nicht gehabt. Ich kenn solche von der Parteischule. Die haben das so gemeldet, um sich in ein gutes Licht zu stellen. Das war mir nicht wichtig, mich in ein gutes Licht zu stellen. Also zumindest nicht so. Ich wollte mich für liberale Dinge engagieren. Für irgendwas, dass sich was dreht oder so, aber nicht mich da darstellen und zu sagen, ich hab meine Truppen voll und hab die gar nicht. Das wäre mir nicht im Traum eingefallen.“⁴³

Also abgesehen von einigen seiner „politisch-ideologischen Unklarheiten“ war man mit Clausnitzers Parteiarbeit in den Grundeinheiten im Großen und Ganzen zufrieden. So lange er seine oppositionellen Tendenzen außerhalb der Öffentlichkeit auslebte, ging man disziplinarisch nicht gegen ihn vor, sondern versuchte ihn mittels persönlicher Gespräche zu bremsen. „Das was ich da auf den Mitgliederversammlungen gesagt habe, ist vom Bezirksvorstand auch gar nicht so schlimm bewertet worden. Da haben die mal so gemacht... [macht drohende Bewegung mit dem Zeigefinger]. ‚Mach nie gar so‘, oder irgendwie so.“

Mit seinem Brief an die 1. Sekretärin der SED-Kreisleitung (SED-KL) vom 18. Oktober 1988, in dem er seine Teilnahme an der jährlichen Feier zum Tag der Kampfgruppen absagte, hatte er jedoch den geschützten Raum der LDPD-internen Parteiveranstaltungen verlassen. Er begründete seine Absage wie folgt:

„Ich bin persönlich der Auffassung, dass zwar das militärische Gleichgewicht zwischen den beiden Machtblöcken in Europa friedenssichernde Funktion hat, aber in der gegenwärtigen Phase der Entspannung Demonstrationen militärischer Stärke weder außenpolitisch noch innenpolitisch positive Wirkung erzielen. Bei dem von allen friedliebenden Kräften angestrebten Wettbewerb zwischen den beiden Systemen wird das Schwergewicht unserer Arbeit mehr auf das Erreichen ökonomischer Stärke und politischer Stabilität gerichtet sein müssen. Einladungen zu Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen, werde ich gern annehmen.“⁴⁴

Dieses Schreiben stellte einen offenen Affront gegen die Politik der SED dar und zog eine umgehende Beschwerde der SED-KL beim LDPD-Bezirksvorsitzenden Günter Steinhöfel nach sich, der sich in aller Form für seinen Kreissekretär entschuldigte. Der Bezirksvorstand sah sich nun quasi gezwungen, disziplinarisch gegen Clausnitzer vorzugehen, und lud ihn und seinen Kreisvorsitzenden am 7. November 1988 zu einem Gespräch in den Bezirksvorstand nach Frankfurt/Oder vor. Nachdem man den Kreissekretär an-

43 Protokoll (wie Anm. 3), S. 6.

44 Clausnitzer, Kreissekretär, LDPD-KV Bernau, an Jaros, 1. Sekretärin der SED-KL Bernau vom 18.10.1988 (Dokument im Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

gehört hatte, legte der stellvertretende Bezirksvorsitzende Klaus Beier fest, dass gegen Clausnitzer wegen „parteischädigendem Verhalten“ ein Parteiverfahren eröffnet und er „von seinem Auftreten in der Öffentlichkeit entbunden“ werde.⁴⁵ In seinem Schreiben vom 28. Dezember 1988 teilte ihm der Bezirksvorsitzende Steinhöfel mit, dass die Überprüfungscommission das Parteiverfahren zum Abschluss gebracht und einen Verweis wegen „parteischädigenden Verhaltens“ ausgesprochen habe.⁴⁶ Neben dem Verweis und dem Auftrittsverbot in der Öffentlichkeit ergaben sich für den Clausnitzer jedoch keine weiteren Konsequenzen.

Wenige Jahre zuvor hätte ein solches Verhalten unweigerlich zur Ablösung des Kreissekretärs durch den Bezirksvorstand geführt. Jedoch hatte man zum einen schlichtweg niemanden in der Kaderreserve, der Clausnitzers Funktion hätte übernehmen können – der stellvertretende Kreisvorsitzende war aufgrund persönlicher und gesundheitlicher Umstände nicht in der Verfassung. Zum anderen ist anzunehmen, dass der Bezirksvorstand dem Unmut bzw. der Lethargie an der Parteibasis durch Ablösung des streitbaren Kreissekretärs nicht noch weiter Vorschub leisten wollte.

Da der Kreissekretär weder nennenswerte Unterstützung von der Parteibasis noch von seinem Bezirksverband erfuhr, wandte er sich im Februar 1989 mit dem in der Einleitung erwähnten Brief an seinen Parteivorsitzenden Manfred Gerlach, den er auch seinem Bezirksvorsitzenden zur Kenntnisnahme zusandte. Clausnitzer drückte darin seine Beunruhigung darüber aus, dass sich die von Gerlach angesprochenen „Andersdenkenden“ unter dem Dach der Kirche oder in dem von der SED im Januar 1989 selbst gegründeten Verband der Freidenker versammelten und die LDPD zunehmend ins Hintertreffen geriete. Damit das nicht geschehe und die LDPD nicht „endgültig zu einer Partei der Handwerker“ verkümmere, schlug er vor:

„Dass wir uns aufgrund von widrigen Umständen im politischen System des Sozialismus von Grundwerten unserer Partei verabschieden mussten, schließt doch nicht aus, wieder zu ihnen zurückzufinden [...] Das Parteiprogramm der LDP von Külz war zwar nicht so umfangreich wie unser heutiges, aber es war eine klare politische Standortbestimmung für liberale Demokraten. Ich meine, wir könnten den Zulauf zur Kirche bremsen, wenn wir wieder zu unseren liberalen

45 Beier, Stellvertretender Bezirksvorsitzender, LDPD-BV Frankfurt/Oder, Kurzprotokoll über das Gespräch mit Pfrd. Clausnitzer im Sekretariat des Bezirksvorstandes am 7.11.1988 vom 15.11.1988 (Dokument im Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

46 Steinhöfel, Bezirksvorsitzender, LDPD-BV Frankfurt/Oder, an Clausnitzer, Kreissekretär, LDPD-KV Bernau, Btr.: Abschluss des Parteiverfahrens vom 28.12.1988 (Dokument im Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

Grundwerten finden und diese deutlich artikuliert in die Gesellschaft einbringen.“⁴⁷

Auf sein Schreiben erhielt Clausnitzer keine schriftliche Antwort, sondern einen Anruf mit einer Einladung zu einem Gespräch in das SdZV nach Berlin. Dort habe ihm ein hoher Funktionär, an dessen Namen er sich aber nicht mehr erinnere,⁴⁸ klargemacht, dass er für die Arbeit an der Basis zuständig sei und die politischen Richtungsentscheidungen der Parteiführung überlassen solle.

Erst am 10. Januar 1990, nachdem die Mauer gefallen war und die alte Staats- und Parteiführung um Erich Honecker und Egon Krenz die Bühne verlassen hatte, trauten sich Clausnitzers Kollegen Kreissekretäre aus dem Bezirk Frankfurt/Oder, Partei für ihn zu ergreifen und seine Rehabilitierung zu fordern.⁴⁹ Dieser Forderung kam der Bezirksvorstand auf seiner Sitzung am 8. Januar 1990 zuvor und beschloss, sich öffentlich und persönlich bei Reimar Clausnitzer zu entschuldigen.⁵⁰ In seinem Schreiben betonte der amtierende Bezirksvorsitzende, Peter Kaul, dass der damalige Verweis „aus heutiger Sicht zu Unrecht ausgesprochen worden“ sei und das Sekretariat des Bezirksvorstandes „der Überzeugung ist, dass Ihr damaliges Auftreten, schon der gegenwärtigen Entwicklung unserer Partei vorausschauend, nicht hinderlich, sondern fördernd war und ist.“⁵¹

V. Reaktionen in der SED und im Ministerium für Staatssicherheit

Die Kreissekretäre der sogenannten befreundeten Parteien waren nicht nur Teil ihrer parteieigenen Kadernomenklatur, sondern als Funktionäre der gesellschaftlichen Organisationen und Massenorganisationen auch in der Ka-

47 Reimar Clausnitzer, Kreissekretär, LDPD-KV Bernau, an Manfred Gerlach, Parteivorsitzender der LDPD, vom 15.2.1989, in: ADL, LDPD 13164 (Kopie). Das LDP-Parteiprogramm wurde jedoch erst im Februar 1949, also einige Zeit nach dem Tod von Wilhelm Külz am 10. April 1948, verabschiedet.

48 Der Autor vermutet, dass es sich hierbei um den Sekretär für Parteivorstände beim SdZV, Klaus-Peter Weichenhain, handeln könnte.

49 Kaehlert, Kreissekretär, LDPD-KV Eisenhüttenstadt, im Namen der Kreissekretäre des BV Frankfurt/Oder, an Ammer, Stellvertretender Bezirksvorsitzender, BV Frankfurt/Oder, vom 10.1.1990. (Dokument in Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

50 LDPD-Bezirksvorstand Frankfurt/Oder, Beschlussprotokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes am 8.1.1990 vom 10.1.1990 (Dokument in Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

51 Peter Kaul, amtierender Bezirksvorsitzender BV Frankfurt/Oder, an Reimar Clausnitzer vom 17.1.1990 (Dokument in Privatbesitz Reimar Clausnitzer, Kopie beim Autor).

dernomenklatur der SED-Kreisleitungen erfasst.⁵² Diese konnte sich somit einen erheblichen Einfluss auf die Kaderpolitik der anderen Blockparteien sichern. Zwar hatten die zuständigen Genossen kein Vorschlagsrecht, jedoch bedurfte die Einsetzung eines Kreissekretärs ihrer Zustimmung, was ihnen die Möglichkeit gab, unliebsame Kandidaten, meist mit Verweis auf fehlende politische oder fachliche Qualifikation, abzulehnen.⁵³ Etwaige Einwände der SED-KL zur Besetzung Reimar Clausnitzers sind in den Akten nicht belegbar. Es ist indessen anzunehmen, dass die Genossen aufgrund der routinemäßigen Sicherheitsüberprüfung von Kandidaten für hauptamtliche Funktionen seitens des MfS zumindest teilweise über Clausnitzers kritische Ansichten Bescheid wussten.⁵⁴ Jedoch hatte die SED auch ein großes Interesse daran, dass die Anleitung und Kontrolle der Grundeinheiten und somit auch der Ideologietransfer sowie der Informationsfluss über die politische Lage an deren Basis aufrechterhalten werden konnte. Da aber kein anderer Kandidat zur Verfügung stand und Clausnitzers sogenannte „politisch-ideologische Unklarheiten“ in den Augen des Bezirksvorstandes der LDPD als überwindbar galten, ist anzunehmen, dass die 1. Sekretärin der SED-KL nolens volens zustimmte.

Auch das MfS dürfte der Berufung des kritischen Kreissekretärs mit Gelassenheit begegnet sein, verfügte man doch über inoffizielle Quellen im Umfeld Clausnitzers, mittels derer man ihn im Auge behalten konnte. Aufgrund der langjährigen inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem LDPD-Bezirksvorsitzenden Günter Steinhöfel, alias IM „Emil“,⁵⁵ hatte die Staatsicherheit ein weiteres As im Ärmel. Dieser sogenannte „IM in Schlüsselposition“⁵⁶ war in letzter Instanz für alle kaderpolitischen Entscheidungen im Bezirksverband der LDPD zuständig. Über ihn konnte das MfS im Notfall indi-

52 Vgl. Mathias Wagner: Das Kadernomenklatorsystem der SED und andere Parteien und gesellschaftliche Organisationen. In: Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst u.a. (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 185-198, hier S. 185.; ders.: Ab Morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR. Berlin 1998, S. 54 und 84 f.

53 Vgl. Siegfried Suckut: Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen, in: Jürgen Weber (Hrsg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur. München 1994, S. 99-197, hier S. 110.

54 Vgl. dazu Richtlinie 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen vom 17.11.1982. in: Roger Engelmann/Frank Joestel (Hrsg.): Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch), Berlin 2004, S. 397-421.

55 Günter Steinhöfel wurde direkt nach Übernahme des hauptamtlichen Vorsitzes des LDPD-Bezirksverbandes Frankfurt/Oder im Jahr 1959 vom MfS für eine inoffizielle Zusammenarbeit geworben und berichtete über den gesamten Zeitraum bis zu seiner schweren Krankheit im Herbst 1989 über die Vorgänge in seiner Partei. Vgl. BStU-BV Frankfurt/Oder, TA 96/79; sowie BStU-BV Frankfurt/Oder, TA 161/89.

56 MfS-BV Frankfurt/Oder, Abt. XX/6, Vorschlag über die weitere Zusammenarbeit mit der Schlüsselposition „Emil“, Reg.Nr. 1111/60 vom 14.10.1965, in: BStU-BV Frankfurt/Oder, TA 96/79, Bd. II,1, Bl. 248.

rekt eine Abberufung des unliebsamen Kreissekretärs, etwa aufgrund vorgeschobener Verstöße oder Versäumnisse, erwirken.

Als dann im September der IM „Axel Neu“ seinem Führungsoffizier von Clausnitzers Aufruf zum oppositionellen Wandel der LDPD auf der Mitgliederversammlung der WGG Bernau-Eichwerder berichtete, veranlasste das die Mitarbeiter der MfS-Kreisdienststelle Bernau zur Anlage des operativen Ausgangsmaterials „Sekretär“.⁵⁷ Dieser Vorgang stellt eine Art Vorermittlung dar, in dem Material und Informationen über mögliche politisch unerwünschte Vorkommnisse oder Äußerungen gesammelt wurden, um zu entscheiden, ob ein registrierungspflichtiger Vorgang, also eine operative Personenkontrolle (OPK) oder gar ein operativer Vorgang, angelegt werden sollte. Dabei bediente man sich der Berichte und Meldungen von IMs oder auch der Informationen aus anderen Behörden.⁵⁸ Da Clausnitzer seine kritische Gedanken aber ausschließlich hinter den verschlossenen Türen der Mitgliederversammlungen Ausdruck verlieh und man den Kreisverband insgesamt als inaktiv und ungefährlich einstufte, so dass Clausnitzer seine Mitglieder nicht erreiche,⁵⁹ beobachtete man dessen Aktivitäten nur und leitete keine weiteren Maßnahmen ein.

Anders verhielt es sich etwa bei den Vorsitzenden der CDU- bzw. LDPD-Ortsgruppen in Neuenhagen im Kreis Strausberg. Diese hatten etwa zeitgleich Schreiben an ihre Parteivorsitzenden in Berlin gerichtet, in denen sie fast identische reformpolitische Forderungen hinsichtlich Medien und Demokratie stellten.⁶⁰ Im Gegensatz zum Fall Clausnitzer leitete das MfS in beiden Fällen eine OPK ein, da man hier ein abgestimmtes Verhalten der beiden Ortsgruppenvorsitzenden im Sinne einer verbotenen Fraktionsbildung vermutete.⁶¹ Auch nach Clausnitzers oben erwähntem Brief an die 1. Sekretärin der SED-KL, in dem er die Teilnahme am „Tag der Kampfgruppen“ verweigerte, forderten die Genossen nicht dessen Ablösung, sondern gaben sich mit der Parteistrafe und einem öffentlichen Auftrittsverbot für den Kreissekretär zufrieden. Es steht zu vermuten, dass zum einen durch eine Ablösung Clausnitzers die inoffiziellen Quellen des MfS enttarnt worden wären. Zum anderen ist nicht ausgeschlossen, dass man die kritischen Stimmen innerhalb der Blockparteien, sofern ihr Widerhall an der Basis begrenzt blieb und sie nicht versuchten, sich öffentliches Gehör zu verschaffen, gewähren ließ, weil man ihnen eine gewisse Ventilfunktion zuschrieb. So er-

57 MfS-KD Bernau, Informationsbericht des IMB „Axel Neu“ vom 29.9.1988, in: BStU, BV Frankfurt/Oder, KD Bernau 223, Bl. 33 f.

58 Abt. Bildung und Forschung der BStU (Hrsg.): Das MfS-Lexikon, Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, 3. Aufl., Berlin 2016, S. 256.

59 MfS-BV Frankfurt/Oder, Abt. XX, Einschätzung (wie Anm. 36), Bl. 5 und 7.

60 Ebd., Bl. 8

61 Ebd., Bl. 5.

hielten die Mitglieder auf den Mitgliederversammlungen zwar die Möglichkeit, ihrem Ärger Luft zu machen und Reformen zu fordern, taten dies aber im Rahmen einer auf die eigenen Parteifreunde beschränkten Öffentlichkeit innerhalb der kontrollierbaren und in den oberen Leitungsebenen äußerst loyalen Blockparteien und nicht etwa im Kreise der weitaus unberechenbareren Bürgerrechtler. Zudem berichteten die inoffiziellen Quellen des MfS, dass der Kreissekretär zwar weiter kritisch sei, aber zurückhaltender agiere und mehr von größerer Eigenständigkeit der LDPD anstatt von Opposition spräche.⁶²

VI. Fazit

Obwohl die Kritik an der Politik der SED innerhalb der LDPD mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage seit Ende der 1970er Jahre und vor allem durch die vielen neuen, zum Teil jüngeren, Mitglieder sukzessive zunahm, stellten Personen wie Reimar Clausnitzer zumindest unter den hauptamtlichen Funktionären auch gegen Ende der 1980er Jahre eine Ausnahme dar. Neben seiner offenen Ablehnung der „führenden Rolle“ und der Forderung nach kritischem und oppositionellem Denken hebt ihn besonders sein Eintreten für in der LDPD längst vergessene liberale und freiheitliche Werte von den meisten seiner Parteifreunde ab.

Zwar teilten viele von ihnen sowohl seine Zweifel an der „Unfehlbarkeit“ der SED als auch die Hoffnung auf Umsetzung der Gorbatschowschen Reformen, jedoch ging einem großen Teil der LDPD-Mitglieder seine 1988 aufgestellte Forderung, der SED mit offenem Visier entgegenzutreten, eindeutig zu weit.

Somit fiel es dem Kreissekretär äußerst schwer, seine Parteifreunde zu wirklicher politischer Arbeit zu motivieren. Die Stimmung an der Basis war zwar von Unzufriedenheit bzgl. der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt, aber auch von Resignation und Gleichgültigkeit. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder übte offene Kritik und das meist nur im geschützten Raum der Mitgliederversammlungen. Die meisten, so scheint es, hatten jedoch die Hoffnung auf Veränderung aufgegeben, sich weitgehend ins Private zurückgezogen und keinerlei Interesse, ihren erreichten Lebensstandard in einer Konfrontation mit der SED aufs Spiel zu setzen. Für die große Mehrheit von ihnen sollte das auch bis zum Herbst 1989 so bleiben. Somit ist die

62 MfS-KD Bernau, Bericht des IMB „Axel Neu“ über die Mitgliederversammlung der WGG Bernau-Stadt am 2.2.1989 vom 8.2.1989, in: BStU-BV Frankfurt/Oder, KD Bernau 223, Bl. 37 f.; sowie MfS-KD-Bernau, Bericht des IMB „Axel Neu“ über ein Gespräch mit Reimar Clausnitzer vom 5.4.1989, in: ebd., Bl. 46 f.

Wirkung, die Clausnitzer mit seinem Auftreten vor der Parteibasis hervorrief, als gering einzuschätzen. Dass nur sehr wenige seiner Parteifreunde etwas mit wirklichem Liberalismus anfangen konnten und dass er die Basis mehr spaltete als sie zu größerer politischer Aktivität zu motivieren, registrierte auch der Kreissekretär. Er beschloss zwar kritisch zu bleiben, aber seine oppositionelle Rhetorik auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Dazu dürfte auch die fehlende Unterstützung der übergeordneten Parteivorstände beigetragen haben. Diese waren zwar froh, dass er sich redlich bemühte, das eingeschlafene Parteileben in seinem Kreisverband wieder zu beleben, versuchten aber auch, ihn in seinem politischen Eifer zu bremsen. Vor allem hatte man Angst, seine oppositionellen Forderungen könnten aus den Mitgliederversammlungen an die Öffentlichkeit dringen und einen Konflikt mit der SED heraufbeschwören. Eine Eskalation dieser Situation hätte ja nicht nur Konsequenzen für den Kreissekretär bedeutet, sondern eventuell auch für die Stellung und liebgewordene Privilegien der Funktionäre in den übergeordneten Parteivorständen. Deshalb sah man sich nach Clausnitzers Affront gegen die SED-KL quasi gezwungen, mit dem Parteiverfahren gegen Clausnitzer nach innen ein Exempel zu statuieren und mit dem öffentlichen Auftrittsverbot die SED zu beschwichtigen, um so dessen Ablösung und die damit verbundene Vakanz auf dem Stuhl des Kreissekretärs für unbestimmte Dauer zu verhindern.

Zwar war man in der SED-KL wegen der „unerhörten“ Forderungen empört, wusste aber auch aufgrund der Informationen des MfS um den geringen Widerhall und die Ventilfunktion von Clausnitzers Auftritten an der Parteibasis. Da man auch über die Personalschwierigkeiten der LDPD im Bilde und am weiteren Funktionieren des Parteiapparats der Liberaldemokraten interessiert war, gab man sich mit der Parteistrafe und einem öffentlichen Auftrittsverbot für Clausnitzer zufrieden. Zudem konnte man im Ernstfall ja auch mittels der engen inoffiziellen Zusammenarbeit des MfS mit dem LDPD-Bezirksvorsitzenden indirekt auf die Abberufung des Kreissekretärs hinwirken. Angesichts der Tatsache, dass sich dieser an das öffentliche Auftrittsverbot hielt und bei seinen Wortmeldungen vor den Parteifreunden zwar weiter kritisch blieb, aber dabei auf den oppositionellen Duktus verzichtete, bestand dazu jedoch kein Anlass.

Mit dem Parteiverfahren ließen auch die Ermittlungstätigkeiten der Kreisdienststelle des MfS bzgl. des operativen Materials „Sekretär“ spürbar nach und kamen Ende Mai 1989 praktisch zum Erliegen. Das MfS konzentrierte seine Aktivitäten seit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 und im Zuge der friedlichen Proteste auf den Tiananmen-Platz in Peking hauptsächlich auf die sich immer stärker vernetzende Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Diese agierte im Vergleich zu den „Befreundeten Parteien“ in weitaus schwerer zu kontrollierenden Kreisen, wie der Kirche, der Initiative für Frie-

den und Menschenrechte oder im Umfeld der Familie Havemann, wo man die Gründung des „Neuen Forums“ vorbereitete.⁶³ So ist anzunehmen, dass in dieser turbulenten Phase weitere Forderungen von Parteifreunden und Funktionären nach mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der LDPD gegenüber der SED gar nicht mehr registriert oder nicht weiter verfolgt wurden, da die Kräfte des MfS bereits an anderer Stelle gebunden waren. Zudem sahen die Genossen in der Normannenstraße keinerlei Anzeichen dafür, dass sich die Führungskader der anderen Blockparteien dem langsam steigenden Druck an der Basis beugen und offen gegen die Partei der Arbeiterklasse Stellung beziehen würden.

So blieb Reimar Clausnitzer auch über den 9. November 1989 hinaus weiter im Amt und nahm als Delegierter am Sonderparteitag am 9./10. Februar 1990 in Dresden teil. Jedoch verärgerten ihn die Auftritte der Spitzenfunktionäre seiner Partei, die sich dort als „verhinderte Widerstandskämpfer“ gerierten, so sehr, dass er „mit diesen Wendehälsen [...], die mich damals verknackt haben, nüscht mehr zu tun“ haben wollte und aus der Partei austrat. Da er die Situation in den anderen Parteien ähnlich einschätzte, zog er sich ganz aus der Politik zurück.⁶⁴

63 Vgl. dazu Irena Kukutz: Chronik der Bürgerbewegung NEUES FORUM. 1989-1990. Berlin 2009, S. 45-48.

64 Protokoll (wie Anm. 3), S. 17.